

BürgerInnenbrief **Mitte**

14. Februar 2011



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Vor der Wahl +++ Allerletzte Fragen +++ Event-Sport? +++ Bring back St. Pauli! +++ Ahoj Savoy +++ Rosa Luxemburg

Olaf Scholz und die »Rolle rückwärts«



Im Vordergrund die Börse, im Hintergrund die Partei: SPD-Parteitag im Dezember 2010

Der SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz wird voraussichtlich eine fast zehnjährige CDU-dominierte Ära beenden. Zu sehr haben die HamburgerInnen jene Politik satt, die ihnen zuletzt die schwarz-grüne Koalition zugemutet hat. Vor allem nach dem Abgang des Bürgermeisters Ole von Beust ließ der glücklose Nachfolger Christoph Ahlhaus (CDU) politisch und gesellschaftlich fast keinen Fettnapf aus.

Die GAL dürfte ihren Stimmenanteil aus dem Jahr 2008 steigern können, liegt aber deutlich unter den aktuellen demoskopischen Werten der Grünen auf Bundesebene. Obgleich also die GAL für die gescheiterte Politik – Leitbild »Wachsen mit Weitsicht« – mit verantwortlich ist, wird sie für diesen Fehlschlag nicht gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.

Ob die SPD es am Ende schafft, alleine zu regieren, ist selbst von Sozialdemokraten schwer vorauszusagen. »Die SPD wird offensichtlich ein ganz ordentliches Ergebnis erzielen«, so der Fraktionschef der SPD Michael Neumann. Eine Woche vor der Bürgerschaftswahl zeichnet sich neuen Umfragen zufolge ein klarer Sieg der SPD ab: Wäre bereits an diesem Sonntag Wahl, könnte die SPD mit einem doppelt so hohen Stimmenanteil rechnen wie die CDU. Im ZDF-Politbarometer kommt die CDU nur noch auf 23%, die SPD mit Herausforderer Scholz hingegen auf 46%. Die Grün-Alternative Liste (GAL) könnte mit 14,5% rechnen. Die Linke kommt auf 6% und würde trotz enormen medialen Gegenwinds ihre Position behaupten. Die FDP wird mit 5% gehandelt und verdankt den Aufstieg einer wenig begründeten Aufmerksamkeit in der Presse.

Doch es kann trotz der klaren SPD-Dominanz bei Wahl und Koalitionsbildung noch Überraschungen geben. Auch wenn die Umfragewerte zur Wahl der Bürgerschaft eindeutig scheinen: Die Hälfte der HamburgerInnen ist noch unentschieden, ob und welche Partei sie wählen werden. Das geht aus einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen hervor. »Kurzfristig sind noch deutliche Veränderungen möglich«, sagen die WahlforscherInnen.

Das liegt auch am geänderten Wahlrecht: Jede/r HamburgerIn kann für die Bürgerschaft zehn Stimmen vergeben (für die Bezirksversammlungen dann auch noch mal zehn), von denen fünf für die Zusammensetzung der Bürgerschaft entscheidend sind. Er kann seine Gunst zwischen verschiedenen Parteien aufteilen. Ein Resultat: Bei den bereits abgegebenen Briefwahlstimmen soll der Anteil der falsch ausgefüllten Wahlzettel hoch sein.

Im Grunde ist außer einem zu erwartenden Sieg für die SPD alles offen. Verfehlt die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit, will sie zunächst bei der GAL anklopfen. Dort wird die Tür geöffnet werden, was aber nicht heißt, dass sich die beiden Akteure auch auf ein gemeinsames Regierungsprogramm verständigen können. Die SPD will vor allem »ordentlich regieren«, was heißt: keine durchgreifenden Reformen in den Bereichen Wohnungsbau, Verkehr, Bildung und öffentliche Infrastruktur und damit kein Beitrag zur Zurückdrängung der sozialen Spaltung. »Ordentlich regieren« heißt auch: keine Verbesserung der Einnahmen der Hansestadt und damit Übergang zu einer mehr oder minder intelligenten Konzeption der Mängelverwaltung. Ein solches »Programm« könnte auch mit der CDU oder der FDP – letzteres wünschen in der SPD nicht nur Alt-Bürgermeister Henning Voscherau und der Schriftsteller Siegfried Lenz herbei – realisiert werden.

Neben dem Versprechen, die Hansestadt wieder »ordentlich« zu regieren und das Chaos der Leuchtturmpolitik der schwarz-grünen Koalition zu beenden, trägt das so genannte Beschäftigungswunder in Deutschland zum Hamburger Stimmungsumschwung in Richtung Sozialdemokratie bei. Es sei Tradition der Hamburger SPD, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft der Stadt gut laufe, betont der Spitzenkandidat. Mit seiner Berufung des neoliberalen Präses der Handelskammer, Frank Horch, zum zukünftigen Wirtschaftssenator ist diese Ausrichtung unterstrichen worden. So sei es der Landespartei »immer wieder gelungen, weit mehr als klassische SPD-Wähler an sich zu binden«. Er sehe im übrigen auch »keinen Grund«, warum dieses Modell nicht auf den Bund übertragbar sein sollte.

Scholz zufolge gelingt die Übertragung seines Modells auf den Bund, »wenn wir neben einer guten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auch die Belange der Wirtschaft in den Blick nehmen und selbstbewusst vertreten«. So könnten pragmatische Wirtschaftspolitik und Mindestlöhne Bestandteile eines sozialdemokratischen Konzeptes sein. Es irren also alle gewaltig, die Olaf Scholz eine kritische Überprüfung der Politik der Agenda 2010 unterstellen.

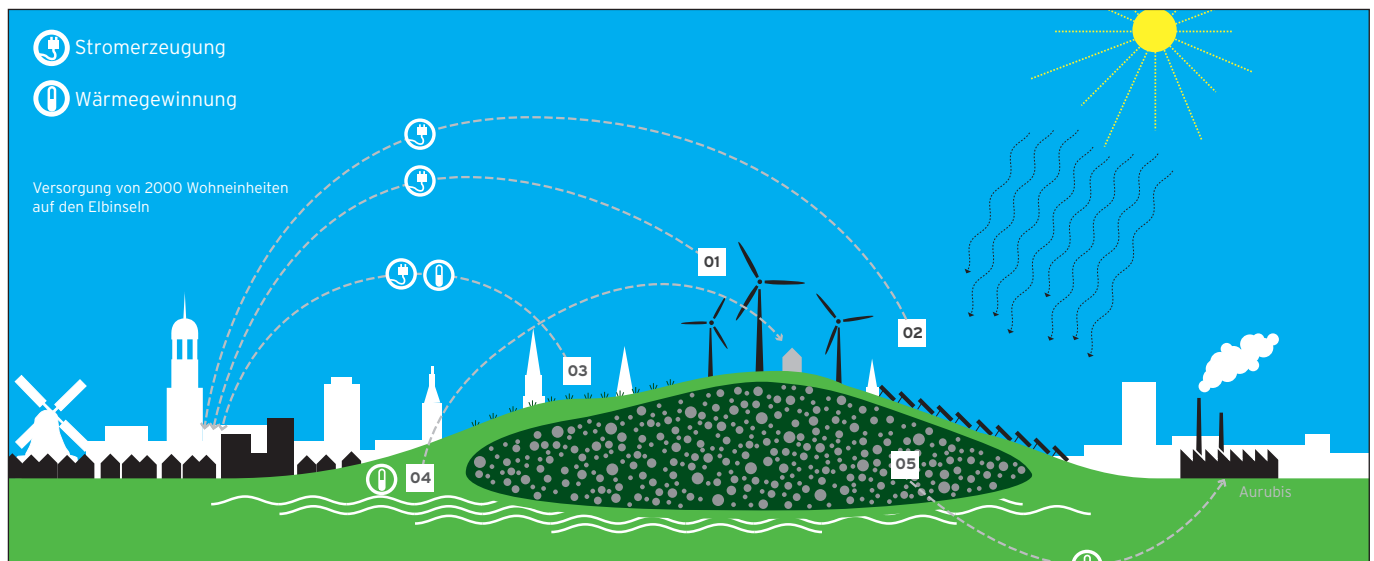
Der ehemalige Innensenator, SPD-Generalsekretär, Bundesarbeitsminister und designierte Erste Bürgermeister hat

in bekannter Top-down-Manier die zerklüftete und von Intrigen gequälte Landesorganisation erneuert. Auch die Liste der KandidatInnen für die neue Bürgerschaft trägt seine Handschrift. Und für die Konzeption der neuen Regierung gilt: Die SPD muss und wird sich mit der Wirtschaft arrangieren. Die Berufung von Horch ist nur ein Aspekt für diese Ausrichtung. Dazu gehört allerdings die Bewertung der Agenda 2010 durch den künftigen Wirtschaftssenator: »Zur erfreulichen Entwicklung der Beschäftigung hat auch die Agenda 2010 beigetragen, durch die der deutsche Arbeitsmarkt flexibler geworden ist. Sie, Herr Scholz, haben deshalb allen Grund, den sozialdemokratischen Anteil an diesem Werk mit Stolz zu vertreten. Halten Sie daran fest und verhindern Sie die Rolle rückwärts, die einige Kräfte aus kurzfristigem und sachfremdem Kalkül betreiben.«

Nein, in Hamburg wird es mit dieser Konstellation keine »Rolle rückwärts« geben. Daher wird die linke Opposition zu einem noch wichtigeren Faktor der Landespolitik. Die Rückkehr der LINKEN in die Bürgerschaft ist vor allem unter dem Blickwinkel der Stärkung von Transparenz und Kontrolle dringend erforderlich. Es gibt darüber hinaus weitere Gründe dafür, mit den 20 Stimmen der richtigen Partei ein Mandat für einen Politikwechsel zu geben. Sieben davon seien abschließend aufgeführt:

- DIE LINKE will eine solidarische Stadt, die gerechte Lebenschancen für Frauen, Männer und Kinder, für Alte und Junge, für Menschen mit Behinderung und migrantischer Herkunft bietet, und nicht nur für wenige Reiche attraktiv ist.
- DIE LINKE tritt für eine ordentliche soziale Absicherung und Kultur für alle ein, anstelle weitere Millionen für die Elbphilharmonie und andere Leuchtturmprojekte zu verpulvern. In einer armen reichen Stadt, in der wenige viel und viele zu wenig zum Leben haben, muss von oben nach unten umverteilt werden, nicht umgekehrt.
- Für DIE LINKE ist bezahlbarer Wohnraum für alle der einzige Weg, die eklatante Wohnungsnot zu beseitigen. Damit wird auch eine Entwicklung der Stadtteile eröffnet, die sich an den Interessen aller BürgerInnen orientiert.
- DIE LINKE hält günstige Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr für erforderlich. Sozialticket und Stadtbahn, deren Trassenführung vorher mit den Menschen kommuniziert werden muss, ermöglichen mehr »Umwelthauptstadt« als vollmundige Absichtserklärungen.
- Hartz IV ist der falsche Weg. Arbeitslosigkeit muss mit aktiver Arbeitsmarktpolitik und mit Mindestlöhnen bekämpft werden, nicht gegen die Arbeitslosen.
- DIE LINKE will keine Bürgermeister, die für Agenda 2010 und mehr Überwachungsstaat stehen oder nur »ordentlich regieren« wollen. Die Stadt hat mehr verdient als eine SPD-Alleinregierung, ein Horrorkabinett Scholz-Ahlhaus-Horch, Rot-Gelbe-Spararien oder ein rot-grünes Dauerchaos.
- DIE LINKE ist auch in Zukunft aktive Opposition, die für Transparenz in der Bürgerschaft und den Bezirken sorgt. Nur so wird BürgerInnenbeteiligung effektiv.

Allerletzte Fragen & Antworten



Buchstäblich Licht soll es auf dem Müllberg Georgswerder geben, wenn er im Jahr 2013 – rechtzeitig zur Internationalen Bauausstellung (IBA) – als »Energieberg« zum Bummeln eingeweiht wird. Auf der skandalumwitterten Sondermülldeponie (Boehringer!) sollen für rund 8,56 Mio. Euro eine Photovoltaik- und eine neue Windenergieanlage entstehen, der Berg durch Wege erschlossen und ein Ausstellungsgebäude als Lernort präsentiert werden. Zusätzlich soll ein bis zu neun Meter hoch aufgeständerter, 2,5 bis 4 Meter breiter und insgesamt 900 Meter langer Laufsteg für mindestens 3,05 Mio. Euro entstehen, der mit einem Leuchtband (»Energieberg Georgswerder«) auch jedem noch so unkundigen Touristen aus zig Kilometern Entfernung signalisieren soll, was dort steht. Allein dieser »Heiligenschein« wird mindestens weitere 602.000 Euro verschlingen und der nächtliche Energiebedarf den Energiegewinn durch die neue Photovoltaikanlage knapp übersteigen – so die Antwort des Senats auf meine Kleine Anfrage zum Leuchtband auf der ehemaligen Giftmülldeponie vom 1. Februar 2011.

Um Auskunft habe ich den Senat auch hinsichtlich der eingeschränkten Barrierefreiheit infolge nicht-intakter Anlagen bei S-Bahn-Stationen gefragt. Angeblich liege die »Verfügbarkeit« der Aufzüge bei 98%, der Fahrtreppen bei 97%. Ob dies zutrifft, wage ich zu bezweifeln, berichten mir besonders Betroffene doch häufig anderes.

Weiterhin im Blick bleiben muss ebenfalls die Auskunft zu möglichen Bonuszahlungen bei recht- bzw. vorzeitiger Fertigstellung des Neubaus der Stadtentwicklungsbehörde in Wilhelmsburg. In seiner Antwort auf meine Fragen bestreitet der Senat schlicht, dass solche Boni in Aussicht gestellt worden seien.

Interessant werden auch die noch nicht erfolgten Antworten zu folgenden Kleinen Anfragen sein:

- wohnungs- und sozialstatistische Angaben für Borgfelde
- Bezüge von ausgeschiedenen StaatsrätInnen
- Leerstand in den Hillgruber-Hochhäusern im Münzviertel

- energetisch fragwürdige Nachtspeicherheizungen
- Leerstand und Abgeschlossenheitsanträge in der Koppel 95
- und Entschädigung für KleingärtnerInnen infolge des Baus des A7-Deckels.

Aufmerksam verfolgt habe ich das Geschäftsgebaren der SAGA GWG – und im BürgerInnenbrief auch immer wieder darüber berichtet. Das öffentliche Wohnungsunternehmen war gegründet worden, um günstigen Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung vorzuhalten, baut aber seit Jahren vor allem seine Sozialwohnungsbestände ab und hat sich einen Namen vor allem durch überdurchschnittliche Mietpreiserhöhungen gemacht. Zu den fragwürdigen Gepflogenheiten dieses Unternehmens gehört, seit die CDU die Senatsführung übernommen hat, dass Wohnungen auch verkauft werden. Unter der grünen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk – zugleich Aufsichtsratsvorsitzende der SAGA GWG – wurde dieses Praxis zwar eingeschränkt, aber nicht ausgesetzt. Mittlerweile weiß ich von diversen Firmen, die diesen Verkauf organisieren und damit Sozialwohnungen dem Mietmarkt entziehen. Dem kundigen Insistieren meines Kollegen Uwe Grund (SPD) ist die Information zu verdanken, dass die SAGA GWG »aufgrund eines Büroversehens« in einer früheren Anfrage glatt 527 zum Verkauf anstehende Wohneinheiten vergessen hatte. Ich habe nachgelegt und den Senat in einer weiteren Kleinen Anfrage nach neuen Details befragt, denn in der öffentlichen Debatte konnte man mitunter den Eindruck gewinnen, dass die SAGA GWG den Verkauf von Wohnungen im Dezember 2008 eingestellt habe. Weit gefehlt, die Hajduksche Anweisung galt nie für Einzelhäuser, Doppelhaushälften, Reihenhäuser und gewerblich genutzte Objekte, diese wurden emsig weiterverkauft. »Gleiches gilt für Wohnungen in Geschosswohnanlagen, in denen bis Ende 2008 bereits mindestens eine Wohnung verkauft wurde«, lese ich in der Senatsantwort. Tatsächlich sind zwischen dem 1. Dezember 2008 und dem 31. Januar 2011 weitere 609 Wohn-

einheiten veräußert worden. Und ich reibe mir die Augen, dass per 31. Januar 2011 immer noch 2.800 Wohnungen »im Rahmen des Immobilienprogramms von SAGA GWG zum Verkauf angeboten« wurden.

Aber es kommt noch besser, denn ich habe auch nach etwaigen Versteigerungen von Bestandswohnungen gefragt: »SAGA GWG tätigt keine Verkäufe in Form von Versteigerungen, sondern führt in besonderen Fällen notarielle Gebotsverfahren durch«, lautet die Antwort. Aha! »SAGA GWG veranlasst nur dann ein notarielles Gebotsverfahren, wenn sich mehrere Interessenten gleichzeitig für den Erwerb eines Leerobjekts zur Selbstnutzung interessieren, welches sich im Immobilienprogramm von SAGA GWG befindet.« Zwischen 2003 und 2010 hat dieses feine Unternehmen 130 Wohneinheiten

(im Normalfall ehemalige, aus der Bindung gelaufene Sozialwohnungen) im notariellen Gebotsverfahren verkauft. 130 Wohnungen, die MieterInnen mit weniger Einkommen nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf meine eher ironisch gemeinte Frage, ob der Senat meine Auffassung teile, »dass die Veräußerung in einem Versteigerungs- bzw. Höchstgebotsverfahren ausschließlich mit höheren Renditeerwartungen motiviert« sei, antwortet dieser mit einem flotten »Nein«.

Wie auch immer der Senat nach dem 20. Februar aussehen wird: Man wird ihn energisch weiter befragen müssen. Und wer dann die Stadtentwicklungspolitik zu verantworten hat, muss wissen: DIE LINKE wird auch weiterhin energischen Druck für einen überfälligen Kurswechsel in der SAGA GWG machen.

Event-Sport als Wirtschaftsfaktor?



Breiten- und Eventsport? Die Cyclastics im Jahr 2010

Im Sommer 2009 erhielt eine Forschergruppe um den Osnabrücker Sportwissenschaftler Prof. Dr. Christian Wopp den Auftrag vom Senat, eine Sportentwicklungsplanung (SEP) für Hamburg zu entwickeln. Am 19. Januar 2011 hat das Team nun seinen Abschlussbericht präsentiert – allerdings ohne Einladung des Hamburger Sportbundes (HSB) und der Bürgerchaftsfraktionen, was einmal mehr die abgehobene Senatskommunikation speziell für diesen Bereich deutlich macht.

Was steht in dem 198-seitigen Werk genau? Auf der Basis von Bevölkerungs- und Vereinsbefragungen werden Freizeit- und Breitensport, Kinder- und Jugendsport, Leistungs- und Spitzensport, Sporträume, Fallstudien und Sportakteure betrachtet. Zugleich soll unter dem Titel »Grundlagen der Sportentwicklungsplanung in der Freien und Hansestadt Hamburg« ein Gesamtkonzept für den Sport in den kommenden Jahren entwickelt werden (<http://www.hamburg.de/sportstadt/>).

Die Erhebung ergibt, dass Ende 2008 in Hamburg 788 Vereine (darunter 27 Großvereine wie der HSV mit 57.427 und Sportspaß mit 50.269 Mitgliedern) mit insgesamt 552.170 Mitgliedern (d.h. durchschnittlich 662 pro Verein) tätig waren. Dies würde bedeuten, dass fast 30% der Hamburger Bevölkerung in Sportvereinen organisiert sind – was DIE LINKE

ausgesprochen erfreut zur Kenntnis nimmt. Zugleich ist für uns wichtig, wie sich die Rahmenbedingungen der Hamburger Sportlandschaft entwickelt haben, insbesondere wie es um folgende Punkte steht:

- Sicherung der materiellen Rahmenbedingungen des Sports (Sanierung, sächliche und personelle Ausstattung)
- Breiten- und Freizeit- vor Spitzen- und Eventsport
- Kostenfreie Nutzung der öffentlichen Sportstätten
- Unterstützung benachteiligter bzw. beeinträchtigter Bevölkerungsgruppen (Kinder und Jugendliche, SeniorInnen, MigrantInnen, Behinderte)
- Unterstützung einkommensarmer Bevölkerungsschichten
- Bevorzugte Sportförderung in benachteiligten Quartieren.

Hinsichtlich der letzten drei Punkte kann den Ausführungen im Bericht von Wopp & Co. weitgehend zugestimmt werden. So wird beispielsweise der »Sport in der polarisierten Stadt« (S. 16) benannt und die »Berücksichtigung sozialer Aktivitäten von Sportvereinen im Stadtteil bei der Sozialraumplanung« der Bezirke eingefordert (S. 83).

Kritik melde ich allerdings bei den Kapiteln an, die sich dem »Profil der Sportstadt Hamburg« (S. 15) widmen. Erst die CDU, dann der schwarz-grüne Senat haben den Breitensport

und die Sportstätten zugunsten von Event- und Leistungssport vernachlässigt. Aus den Antworten des Senats auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Ploog und Frommann vom 25.1.2011 geht hervor, dass es insbesondere im Bereich des Breiten- und Freizeitsports in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten deutliche Einschnitte gab. Betrug die »institutionelle Sportförderung« 1997 noch 12 Mio. Euro, ist sie bis 2011 auf 6,3 Mio. zurückgefallen. Die »allgemeine Sportförderung« ist von 5.081.000 Euro (1997) auf 2.163.000 Euro (2011) mehr als halbiert worden, die »besondere Sportförderung« von 1.623.000 (1997) auf 1.584.000 Euro (1999) zurückgefahren und dann ausgesetzt worden. Dagegen konnte die neu aufgenommene »Förderung Leistungssport« von 1.218.000 Euro (2007) auf 1.450.000 (2011) zulegen. Diese Zahlen müssen auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass alleine die 2009 erfolglosen Bewerbungen um die Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 etwa 1,1 Mio. und die um die Universiade 2015 sogar 2,25 Mio. Euro gekostet haben.

Leider fühlt sich auch das Team um Prof. Wopp dieser Favorisierung des Spitzen- und Eventsports verpflichtet, gelte es doch, die »europäische Spitzenposition bei der Durchführung von Sportveranstaltungen« (S. 18) auszubauen und diese als »weiche Standortfaktoren« (S. 16) zu werten. Schon jetzt finden jährlich 40 bis 50 große Sportevents in Hamburg statt, die Handelskammer spricht sogar von rund 80. Und nun soll der nach Auffassung des Teams zu geringe Etat für die Einwerbung von Sportveranstaltungen von 833.000 Euro (2009) auch noch ausgeweitet werden (S. 107). Es gehe um die »Steigerung des nationalen und internationalen Bekanntheitsgrades der Stadt«, »Sportveranstaltungen als animierender Faktor für die Sportaktivität« und eine »Attraktivierung der Stadt über Aufwertung der Lebensqualität durch Sportevents«, denn diese seien ein bedeutender »Wirtschaftsfaktor« (S. 104).

Diese Ausführungen stehen der beinhalten Position der Handelskammer kaum nach, die in einer Broschüre vom November als »das sportliche Ziel Hamburgs für die Dekade 2011 bis 2020« kategorisch formulierte: »Hamburg ist eine auf den Leistungssport orientierte Sportstadt, die sich durch

beispielgebende Sportförderung profiliert, die sich durch attraktive Sportveranstaltungen positioniert und die über eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur verfügt.« Insofern wird es niemanden wundern, dass sowohl die Autoren des Abschlussberichts als auch die Handelskammer erneut eine Bewerbung Hamburgs um die Durchführung von Olympischen Sommerspielen befürworten.

Zur Verfügung stehende Mittel können nur einmal ausgegeben werden, und so ist es natürlich wichtig, zu erfahren, wo die Hauptmängel im Hamburger Sport auszumachen sind. Die Lage der Sportstätten (Hallen, Plätze, Schwimmhallen) wird in der Stadt allgemein als problematisch eingeschätzt, fehlender Neubau immer wieder kritisiert. Allein der Bezirk Mitte gab den Sanierungsstau – ausschließlich der Umstellung von Sportplätzen auf Kunstrasen – vor einiger Zeit mit 3.015.400 Euro an: »Die beachtlichen Mängel ... konnten aufgrund der seit Jahren nicht auskömmlichen Sportraumzuweisung ... nicht behoben werden.« Im Abschlussbericht ist notiert, dass 26,4% der Vereine und Verbände angeben, bei den Sportanlagen gebe es einen »nicht zufriedenstellenden Zustand mit dringendem Veränderungsbedarf«, 3% werden sogar als »abgängig« bewertet (S. 122). Auch wenn es mittlerweile ein 2009 erlassenes Vier-Jahres-Programm für die Sanierung und den Neubau von öffentlichen Sportstätten gibt: Der Etat ist mit 16 Mio. Euro bis zum Jahre 2012 deutlich zu gering bemessen. DIE LINKE fordert daher die Aufstockung auf 50 Mio. Euro.

Auch wenn die CDU Anfang 2011 positiv formuliert hat, dass »dem Breitensport in Hamburg – unabhängig von den Schlussfolgerungen des Sportentwicklungsplans – keine weiteren und zusätzlichen Verpflichtungen auferlegt werden« sollen, bleibt hinsichtlich der Erhebung von Gebühren bei der Nutzung öffentlicher Sportplätze Vorsicht angesagt. Denn schließlich wird auch im Abschlussbericht von Wopp & Co. unverdrossen die »Einführung eines sozialverträglichen Sportanlagennutzungsentgelts« gefordert (S. 19). Eine Forderung, die nicht nur DIE LINKE, sondern vor allem der Hamburger Sportbund entschieden ablehnt.

joachimbischoff.de

Ich habe in einem kurzen **Film**spot die Themen angesprochen, die speziell für den Wahlkreis 1 – Hamburg-Mitte, in dem ich für die Bürgerschaft kandidiere, auf den Nägeln brennen. Anzuschauen ist er auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Über eine Rückmeldung, ob diese eher ungewöhnliche Ansprache Anklang findet, würde ich mich freuen. Auf der Website gibt es außerdem immer aktuelle Positionsbestimmungen und die neuesten Termine.



Hamburg ist braun-weiß-rot: Bring back St. Pauli!

von Gerd Siebecke



Tor, Tor, Millerntor! Rot, Rot, Millerntor!

Seit den 1980er Jahren zeichnet sich der FC St. Pauli vor allem durch eine starke Fan-Szene aus, die mit ihren Aktivitäten nicht nur zum positiven Image des »etwas anderen Fußballklubs« beigetragen, sondern auch das kulturelle Umfeld des Vereins bis in das Stadtviertel hinein geprägt hat. Es ist dieser Fan-Szene gelungen, ein eindeutig antirassistisches und progressives Selbstverständnis zu verankern, dem die Vereinsverantwortlichen Rechnung tragen müssen.

Diese Fans hielten dem Klub selbst dann die Treue, als eine unfähige Vereinsführung ihn an den Rand des Ruins brachte, selbst in Drittligazeiten strömten sie zu Zehntausenden ins Stadion. Sie machten 1997 dessen Umbenennung wieder rückgängig, weil der Namensgeber NSDAP-Mitglied war. Und sie achten bis heute darauf, dass der Spagat zwischen Kommerz & Kult den Charakter des Klubs nicht aufweicht. So darf der Name »Millerntor-Stadion« laut Beschluss der Jahreshauptversammlung 2007 nicht zu Zwecken des Sponsorings verkauft, erweitert oder verändert werden.

Als die Vereinsführung nicht nur VIP-Logen auf der neuen Haupttribüne zuließ, sondern auch noch eine von ihnen an eine Striptease-Bar verhökerte, die dort Frauen an Stangen tanzen ließ, platzte den »Sozialromantikern« (eine Fangruppe, die bereits 2008 die Einführung eines »Millerntalers«, mit dem Getränkekonsumenten abgezockt werden sollten, erfolgreich verhinderte und vom damaligen Präsidenten Corny Littmann so benannt wurde) im Dezember 2010 erneut der Kragen: Seitdem ist Hamburg nicht nur braun-weiß, sondern das Stadion am Millerntor – und bei Auswärtsspielen der gesamte Pauli-Block – vor allem rot (rückwärts buchstabiert = Tor). Anstelle des weißen Totenkopfs auf schwarzem Grund weht der Jolly Rouge mit der Unterzeile »Bring back St. Pauli!« – als »Symbol einer kritischen, kreativen und lautstarken Fanszene«.

Ihre Kernforderungen lauten: »Keine weiteren, zusätzlichen Werbemaßnahmen in den vom Fankongress verabschiedeten Zeitfenstern! Keine weiteren Werbeflächen auf den Tribünen! Kündigung von Susis Showbar Loge! Keine LED-Anzeigen mehr im Stadion und generell keine weiteren audiovisuellen Plätze für irgendeine Werbung während der 90 Minuten! Rückbau von Teilen der Business-Seats auf der neuen Haupttribüne und Umwandlung in bezahlbare Sitzplätze! Bereitstellung von Farbe, damit die Kinder der Stadionkita ihre grauen Wände in Eigenverantwortung anmalen können!«

Die Vereinsführung ist zurückgerudert, hat Zugeständnisse gemacht. Aus der Sicht der Sozialromantiker – die einräumen, dass der Verein Einnahmen braucht, »die nötig sind, um eine erfolgreiche Mannschaft zu bezahlen, das Stadion weiter auszubauen, und nicht horrenden Summen von jedem Fan zu verlangen, um sich ein Spiel seines Vereins anschauen zu können« – nicht genug: »Positiv ist, dass Selbstkritik geäußert wurde und Verbesserungen in der Kommunikation und Bewertung von Marketingmaßnahmen geplant sind. Wir vermischen aber konkrete Taten. Wir hören Bekenntnisse. Wir hören von Planungen. Aus unserer Sicht sind keinesfalls alle Forderungen der Petition geklärt worden.«

Solange die Verantwortlichen »unsere Werte, unser Verständnis von Fußball und wie wir ihn erleben wollen, unsere Insel Sankt Pauli in einer Welt, die nur noch auf die monetäre Verwertbarkeit von allem und jedem schaut, unsere Andersartigkeit auf dem Marktplatz Profifußball« nicht respektieren und danach handeln, wird Hamburg braun-weiß-rot bleiben. Inzwischen kämpfen Vertreter aller Fan-Klubs zusätzlich darum, der Vereinsführung die Einführung von »Sozialtickets« für die 2012 neu zu bauende Gegengerade abzurufen.

Liebe Leserinnen und Leser,

vor fast genau drei Jahren zogen DIE LINKE mit 6,4% und ich gemeinsam mit weiteren sieben KollegInnen ins Rathaus ein. Drei Jahre mühselige Oppositionsarbeit liegen hinter uns (nachzulesen in der »Bilanz nach drei Jahren« unter www.linksfraktion-hamburg.de). Michael Joho hat im letzten BürgerInnenbrief dargelegt, was er und andere MitarbeiterInnen gemeinsam mit mir für die Stadt, den Bezirk und für St. Georg bewirken oder auch nicht bewirken konnten.

Am 20. Februar werden die Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen neu gewählt. Niemand sollte sich von den Prognosen irritieren lassen: Wählen gehen und die letzten Tage nutzen, möglichst viele Menschen im eigenen Bekanntenkreis davon überzeugen, dies ebenfalls zu tun und die KandidatInnen der LINKEN zu wählen. Wer dafür noch Argumente benötigt: Sieben gute Gründe enthält der Eröffnungsbeitrag dieses BürgerInnenbriefs.

Dessen nächste Ausgabe wird schwerpunktmäßig der Wahlauswertung gewidmet sein. Ich bedanke mich noch einmal bei allen treuen LeserInnen der BürgerInnenbriefs, meinen »Informanten« und dem Team, das zum regelmäßigen Erscheinen dieses BürgerInnenbriefes maßgeblich beigetragen hat.

Drei »Döntjes« aus den letzten Tagen müssen bei aller Wahlkampf-Ernsthaftigkeit sein:

- Super-Senatorin Herlind Gundelach (CDU) – sie leitet mittlerweile nicht mehr nur die Behörde für Wissenschaft und Forschung, sondern auch die für Stadtentwicklung und

Umwelt und ist Finanzsenatorin – hatte mich ins Rathaus eingeladen: »Mit diesem Empfang möchte ich, auch im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Ihr besonderes Engagement im Rahmen der Business Improvement Districts (BID) bzw. Housing Improvement Districts (HID) würdigen.« Schön, dass der Senat VertreterInnen der LINKEN nicht mehr ausgrenzt, aber in diesem Fall traf die Einladung den Falschen. Mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften, wie sie vom Senat praktiziert werden, hatte und habe ich nichts am Hut. Mein »besonderes Engagement« bestand in der Zusammenstellung einer Broschüre, in der ich gemeinsam mit Ute Furtkamp und Bernhard Müller alle Arten davon ausgesprochen kritisch hinterfragt und beurteilt habe. Dies kann die Senatorin also nicht gemeint haben, deshalb bin ich der Einladung nicht gefolgt.

- Am 13.2. lese ich in der Sonntags-Mopo, dass die Wahlplakate der LINKEN mit einer glatten 4 bewertet werden (»altbacken«, »lieblos«). Eine Springer-Zeitung und auch die NDR-Fernsendung »Hamburg-Journal« hatten sie dagegen gelobt bzw. als »sehr gut« und »informativ« gewürdigt. So ist das mit den Noten...
- Zu den KandidatInnen für die Hamburgische Bürgerschaft gehört diesmal auch ein Herr Marx. Der allerdings hört auf den Vornamen Dirk und kandidiert für die CDU. Also Obacht: Wer dem nachweislich drittbekanntesten Deutschen und seinen Ideen Reverenz erweisen will, muss alle 20 Kreuze bei KandidatInnen der LINKEN machen!

Für ein soziales Hamburg! Wählen gehen, ~~☒~~ DIE LINKE. wählen!

Montag, 14. Februar 2011 | 20:00 Uhr | FLAKS – Zentrum für Frauen in Altona, Alsenstr. 33, 22769 Hamburg

Suizidprävention in Hamburg

Eine Veranstaltung der AG-Lisa mit Georg Fiedler (Experte vom Therapiezentrum für Suizidgefährdete am UKE: Suizidprävention in Hamburg), Joachim Bischoff (DIE LINKE: Kein Geld für Suizidgefährdete?), Martin Schäfer (SPD: Erhalt des Therapiezentrums für Suizidgefährdete in seinen bisherigen Strukturen), NN (CDU: angefragt), NN (Die Grünen: angefragt).

Dienstag, 15. Februar 2011 | 19:00 Uhr | Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28a (Busse 39, 7, 172 bis Hartzloh)

Wohnungsnot – Jährlich 8.000 neue Wohnungen!

mit Joachim Bischoff (wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft) und Peter Heim (Spitzenkandidat für DIE LINKE zur Bezirksversammlung Hamburg-Nord).

Donnerstag, 17. Februar 2011 | 17:00 Uhr | Rathauspassage unter dem Rathausmarkt

Arbeitsmarktpolitik für Hamburg

Diskussion mit Elke Badde (SPD), Joachim Bischoff (DIE LINKE), Antje Möller (GAL), Hjalmar Stemmann (CDU).

Freitag, 18. Februar 2011 | 17:30 Uhr | Fabrik, Barnerstraße 36, Altona

Abschlussveranstaltung der LINKEN mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Gesine Löttsch.

Sonntag, 20. Februar 2011 | 18:00 Uhr | Altonaer Museum, Museumsstraße

Wahlparty der LINKEN mit ihren KandidatInnen zur Bürgerschaftswahl 2011.

Ahoj Savoy, ahoj St. Georg!

Die St. Georger Initiative »Kultur statt Kamera«, die sich u.a. gegen die Wiedereinführung der Überwachungskameras auf dem Hansaplatz engagiert, hat mich gefragt, welche Vision ich für den Hansaplatz habe. Meine Antwort lautete u.a. »Meine Vision ist die eines Hansaplatzes für alle, eines Treffpunkts für Menschen vorrangig aus dem Stadtteil selbst, aber auch diejenigen, die hier Abstand suchen vom Trubel und Verkehr der Großstadt. Ich wünsche mir eine Belebung des Platzes, wofür eine ansprechende Gestaltung und entsprechende Ausstattung (z.B. mit Sitzmöbeln und Veranstaltungsbühne) ebenso nötig ist wie ein niedrigschwelliges, günstiges Café mit angeschlossener, allgemein zugänglicher Toilette.« Wichtig war mir allerdings auch, deutlich zu machen, dass hier nicht gerade ein spießiges Wohnzimmer entstehen soll. St. Georg war und ist ein Hauptbahnhofviertel und muss mit den damit verbundenen Problemen zurechtkommen. Deshalb muss der Standort des (Café) »Sperrgebiet« in der Rostocker Straße ebenso gesichert werden wie das Jugend- und Familienzentrum »Schorsch«. Also keine Verslumung, aber auch keine Aufschickung. Der Mix macht's – ohne Wiederinstallation der Videokameras. Der Platz soll leben und nicht als »Gefahrenherd« stigmatisiert werden.

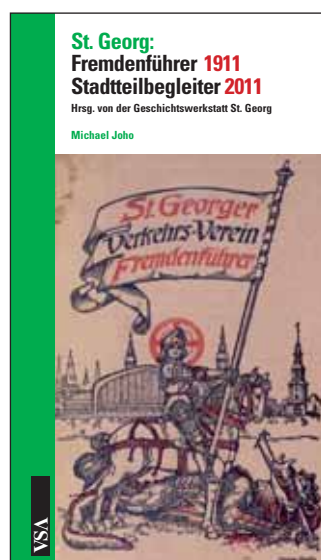
Wiedereröffnet wurde nach dem Umbau der »Lindenbazar« an der Lindenstraße, der größte Bazar Norddeutschlands, angeblich mit der größten Lammfleischtheke der ganzen Republik, direkt neben den beiden Minaretten der Centrumsmoschee. Imam Ramazan Ucar, Bezirksamtsleiter Markus Schreiber und Lindenbazar-Geschäftsführer Ahmet Yazici durchschnitten gemeinsam ein »rotes Band«, um den multi-kulturellen Charakter des Bezirks herauszustellen. Gern sähe man den Bezirksamtsleiter auch bei der Unterstützung entsprechender kultureller Initiativen.

Zum Beispiel der zum Erhalt des Savoy-Kinos gerade um die Ecke auf dem Steindamm. Nach einem dreijährigen Gastspiel zieht das kommunale Kino Metropolis im Juni 2011 zurück in die Dammthorstraße, wo der ursprüngliche Kinosaal original wieder hergerichtet wurde.

Was wird nun mit dem ehemaligen »Savoy« und der vermutlich weltweit einzigen noch existierenden Superbreitleinwand aus dem Jahre 1957 geschehen? Diese Frage bewegte mehr als 300 Menschen (unter ihnen viele St. GeorgerInnen und bekannte Film- und Kulturschaffende) am 2. Februar, als im Kino das Projekt »Ahoj Savoy! Kino in St. Georg – für das ganze Hamburg« vorgestellt wurde. Gegen die zunehmende Kommerzialisierung des Filmgeschäfts soll das Savoy als zentraler Kino-Standort im Hauptbahnhofviertel erhalten bleiben. Ideen dafür, wie für die nächsten Jahre die Mittel aufzubringen wären, um dem Kino als neuem »kommunalen Filmtheater und Stadtteilzentrum für audio-visuelle Kultur« auf die Beine zu helfen, gab es reichlich, auch den Wunsch, die Solidarität mit dem gegenüberliegenden Politbüro nicht zu vernachlässigen. Die Initiative arbeitet weiter, der Film- und Kinohistoriker Michael Töteberg wird in ihrem Auftrag im ebenfalls in St. Georg ansässigen VSA: Verlag ein Solidaritätsbüchlein herausbringen. Ein weiteres Beispiel, wie in St. Georg – übrigens schon so oft – vieles Hand in Hand gehen kann. Der Bezirksamtsleiter – wer immer das nach der Wahl sein wird – ist herzlich eingeladen, sich auch dafür in der nächsten Legislaturperiode zu engagieren.



VSA: Stadtteil-Solidarität über die Grenzen hinweg



Ahoj Savoy! Kino in St. Georg – für das ganze Hamburg

60 Seiten | € 5.00 | März 2011
ISBN 978-3-89965-474-5

St. Georg: Fremdenführer 1911 Stadtteilbegleiter 2011

200 Seiten | € 16.80 | April 2011
ISBN 978-3-89965-437-0

Die Schanze: Galão-Strich oder Widerstandskiez?

96 Seiten | € 9.80 | März 2011
ISBN 978-3-89965-472-1

Im Buchhandel oder bei
VSA: St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
www.vsa-verlag.de

Tipp: 15 Jahre Luxemburg-Initiativen



Die Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg hat ihr Veranstaltungsprogramm mit gut zwei Dutzend Veranstaltungen für das erste Halbjahr 2011 vorgelegt (www.hamburg.rosalux.de). Bereits im Februar und Anfang März gibt es solche zu spannenden Themen in der Stadt: »Sarrazin und Scheuerl – Zwei Seiten einer Medaille« (am **15.2., 19:30 Uhr** im Kulturhaus 73, Schulterblatt 73), »Die Kunst der städtischen Intervention« (**19.2., 11 bis 17 Uhr**, Gängeviertel, Valentinskamp) und »Hamburg nach der Wahl – Chance für Linke Politik?« (**23.2., 19 Uhr**, Werkstatt 3, Nernstweg 32).

Aber auch zu interessanten überregionalen historisch-politischen Themen bietet das Programm der Stiftung Veranstaltungen an. Zum einen geht es um das im Oktober 2010 erschienene Buch »Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik«. Die Diskussion über seine Resultate bewegt noch immer insbesondere das Blatt der diplomatischen Elite – die FAZ –, räumt das Werk doch mit der Legende auf, das Auswärtige Amt sei zwischen 1933 und 1945 ein Hort des Widerstandes gewesen. Die AutorInnen des Buches zeigen detailliert deren Einbindung in das verbrecherische NS-System auf, nicht zuletzt in die Vernichtung der Juden Europas. Einen der Ver-

fasser, den israelischen Historiker Prof. Moshe Zimmermann, konnte die Stiftung dafür gewinnen, am Donnerstag, den **24. Februar**, in Hamburg über seine Sicht der Dinge zu berichten. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte und dem Karl Blessing Verlag statt und beginnt um **18:30 Uhr** im Lesesaal der Forschungsstelle (Beim Schlump 83). InteressentInnen werden gebeten, sich bis zum 18. Februar bei Maike Rapp anzumelden (raap@zeitgeschichte-hamburg.de).

Am Dienstag, den **1. März**, erinnert die Rosa Luxemburg Stiftung an den 140. Geburtstag ihrer Namensgeberin und feiert zugleich das 15jährige Bestehen der der Partei DIE LINKE nahe stehenden Stiftung in Hamburg **ab 18:00 Uhr** mit einem kleinen Empfang in ihrem St. Georger Büro (Zimmerpforte 8, direkt am Hansaplatz). Ab 19:30 Uhr spricht dann Dr. Jörn Schütrumpf, Historiker und Verleger der Luxemburg-Werke, über »Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit«. Der Stiftung herzlichen Dank für die bisherige Arbeit, die besten Wünsche zum 15. Geburtstag und ein gutes Händchen für weitere interessante Bildungsangebote für die Linke (kleingeschrieben) in dieser Stadt!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**